

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5670

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5670



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
08. Mai 2026

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Masseneinwanderung

Behauptungen, Verdrehungen, Unwahrheiten

von Ulrich Schlüer, Geschäftsführer Schweizerzeit-Stiftung, Flaach ZH

Was uns aus Bundesbern sowie von Wirtschafts- und anderen Verbänden, aber auch von Gewerkschaften zur Beschönigung, ja «Verklärung» der seit Jahren anhaltenden, längst ausser Kontrolle geratenen, die Schweiz und ihre Demokratie zerstörenden Masseneinwanderung aufgetischt wird, sprengt wahrhaftig alle Grenzen politischer Redlichkeit.

Da behauptet Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider allen Ernstes, Eingewanderte würden gesamthaft höhere Beiträge an die Sozialwerke entrichten als sie im Lauf ihres Lebens wieder zurückbekommen würden. Das mag für jene sehr wenigen stimmen, die jung einwandern und in Fachberufen Verwendung finden – aber diese Kategorie Einwanderer umfasst **kaum zehn Prozent** aller in unser Land strömenden Immigranten.

Fünfzig Prozent arbeiten nie

Mehr als fünfzig Prozent, also mehr als die Hälfte der jährlich meist über 250'000 Einwanderer (2025 waren es 313'000) arbeitet hier überhaupt nie: Der ausgedehnte Familiennachzug (auch Grosseltern, Enkel und anderswie Ausgewählte gehören dazu) folgt den von der EU auch der Schweiz auferlegten Regeln der Personenfreizügigkeit. Die über fünfzig Prozent der Einwanderer, die hier nie arbeiten, bezahlen selbstredend nie auch nur einen einzigen Franken an die AHV, beziehen im Alter aber volle Rente.

Auch die Ausländerkriminalität, für deren Abwehr Bundesrat Beat Jans verantwortlich wäre, beschert der Schweiz wahre Kosten-Lawinen. Nicht weniger als 550'000 Straftaten (gut 1'520 pro Tag, 63 pro Stunde) suchten im Jahr 2025 die Schweiz heim. Mehr als die Hälfte, also rund 280'000 Vergehen und Verbrechen wurden von ausländischen Tätern begangen. Diese sind vor allem Urheber schwerer Gewaltstraftaten (Tötungsdelikte, Raub, Vergewaltigungen). Der Thurgauer Nationalrat Pascal Schmid ist den

exorbitanten Kosten nachgegangen, die aus Strafverfahren gegen ausländische Täter resultieren. Er liefert Beispiele; er weist z. B. nach, wie die Steuerzahler für ein einziges Strafverfahren gegen einen somalischen Messerstecher nicht weniger als 87'000 Franken zu bluten hatten – die der Verurteilung nachfolgenden Gefängniskosten nicht mitgerechnet.

Milliarden für Justiz und Strafvollzug

Mehr als siebenzig Prozent aller Gefängnisinsassen sind Ausländer. Sie belasten Steuerzahler alljährlich mit Hunderten Millionen. Beträge, mit denen die Wiederaufrüstung der während dreissig Jahren sträflich vernachlässigten Schweizer Armee locker finanziert werden könnte.

Aber Bundesbern und all die Verbandsfunktionäre, die uns die Verewigung der Masseneinwanderung aufzwingen wollen, verschliessen vor all diesen Kosten diskret ihre Augen – und fordern skrupellos weitere uneingeschränkte Masseneinwanderung.

Sie werden verblendet von der Vorstellung, benötigte Arbeitskräfte aus Scharen von Bewerbern auswählen zu können.

Dazu die Fakten: Von hundert Bewerbern erweisen sich maximal zehn als Facharbeiter, die in Unternehmen gewinnbringend eingesetzt werden können. Die nicht Verwendbaren – unter Umständen gegen neunzig Prozent der Bewerber – bleiben trotz Nichtberücksichtigung auch hier – und verursachen hohe Kosten, die allerdings der Allgemeinheit, den Steuerzahlern aufgehalst werden. Ganz nach dem Motto: Den Unternehmern hohe Gewinne, der Allgemeinheit hohe Kosten. Oder unverblümter: Den Unternehmern und Boni-Jägern viel Chlotz – der Allgemeinheit die Schuldenlöcher!

Unternehmer gegen Funktionäre

Echte Unternehmer durchschauen diese Anmassung und unterstützen die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Die Verbandsfunktionäre, stets nach Brüssel schiehend, fordern dagegen weitere Masseneinwanderung: Die Steuerzahler sollen bluten!

Ulrich Schluer